

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. H. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haag,
8. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1.
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Hgr. Sachsen
u. Preuss. Sachsl.-Anhalt;
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 64 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Zusatz, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergungs-
Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 32.

Freitag, 19. März.

1875.

Betrachtungen bei Gelegenheit des Prozesses Osenheim.

Von einem Arbeiter.

Die Freiheit, mit der ein großer Theil der gesammten Presse den Ausspruch des Wiener Geschworenengerichts als den eines Volksgerichts bezeichnet, veranlaßt uns doch einmal näher zu betrachten, in wie weit denn die Institution der heutigen Geschworenengerichte wirklich den Namen eines Volksgerichts verdient. Vor allem wirft sich hier die Frage auf: Sind denn die Geschworenen Männer, die durch das Vertrauen ihrer Mitbürger, hauptsächlich durch eine allgemeine Wahl seitens der gesammten Bevölkerung zu diesem Amte gekommen sind? Und darauf muß mit einem entschiedenen Nein geantwortet werden. Oder ist das Geschworenengericht aus Männern aller Schichten des Volkes zusammengesetzt? Nein, im Gegentheil, die Geschworenen repräsentieren nur eine ganz bestimmte Klasse der Gesellschaft; kann nur derjenige, der ein beträchtliches Vermögen besitzt, auch wenn er es nicht mit reinen Händen erworben hat, kann Geschworener werden und erhält dadurch die Qualifikation — Recht zu sprechen. Die Geschworenengerichte zeigen uns eben wie alle anderen Institutionen der heutigen Gesellschaft, den Klassenstaat und sind eben alles Andere, nur kein Volksgericht. Es darf uns nun nicht Wunder nehmen bei der Art und Weise, wie man heut zu Tage zu Reichthum gelangt, daß ein Mann wie Osenheim, der wegen der Art und Weise, wie er zu Reichthum gekommen, angeklagt worden war, von dem Geschworenengericht freigesprochen worden ist. Das ist vielmehr ganz natürlich und nicht anders zu erwarten gewesen. Aufsteht mir doch vor Kurzem ein — in den Augen der Gesellschaft als ein äußerst ehrlicher Mann geltender — Börsenspekulant (nebenbei auch Direktor einer inzwischen zu Grunde gegangenen Aktiengesellschaft): „Auf der Börse muß man entweder Hammer oder Amboss (d. h. Schwintel oder der Beschwindelle) sein“. Der Mann gilt, wie gesagt, für äußerst ehrlich und kann bei dem Vermögen, das er besitzt, auch noch einmal Geschworener werden. Man denke sich den Osenheim, Ritter von Pont-Euzin, vor solchen Geschworenen! Es wäre dieses dasselbe, als wenn man einen großen Epiphuben vor ein Tribunal von kleinen Epiphuben stellen wollte; selbstverständlich würde da eine Freisprechung erfolgen. Mit Staunen, mit unsrichtiger Bewunderung würden derartige Richter den Angeklagten als ein glänzendes Vorbild ansehen, das zu erreichen ihr höchstes Ideal. Wenn nun auch die Wiener Geschworenen nicht aus lauter Gründern bestanden, so mochte doch dieser oder jener vielleicht auch einmal bei passender Gelegenheit ein wenig an der Börse spekulirt und gewonnen haben, und selbst wenn dieses keiner von ihnen gethan, so waren sie doch auf alle Fälle Angehörige der Bourgeoisie, derselben Klasse der Gesellschaft, die das Börsenspiel hauptsächlich betreibt, und in deren Kreisen diese Art der Bereicherung als etwas ganz selbstverständliches, erlaubtes und sogar ehrliches gilt. Wir sind fest überzeugt, daß das Gefühl der Bewunderung und der Sympathie, welches in den hohen und höchsten Kreisen der Geld-Aristokratie für Osenheim herrschte, von Marckem der Geschworenen wenigstens in etwas getheilt wurde. Sie sahen ja in ihm ein höchst ausgebildetes (in Berlin sagt man, höchst „ausgetragenes“) Exemplar der heutigen Gesellschaft, sogar geedelt und zum „Ritter“ durch den Kaiser erhoben. Von diesem Standpunkt aus mußten die Geschworenen notwendiger Weise den Prozeß ansehen, und von diesem Standpunkte aus füllten sie auch das Urtheil und, wie nicht anders zu erwarten war, ein freisprechendes. Denn im Prozeß Osenheim wurde nicht eine Person, sondern ein System gerichtet, und da wäre eine Verurtheilung Osenheim's eine Verurtheilung der heutigen Gesellschaft gewesen und der Art und Weise der Bereicherung derselben; der Staatsanwalt Graf Lomezan hatte es ja ausdrücklich gesagt, daß man in Osenheim allerdings auch seinen Reichthum verurtheile. Deshalb wurde er auch von den Geschworenen unter ihre Pittige genommen und mußte es werden. Bei dem ganzen Prozeß kann Einem nur der Staatsanwalt Graf Lomezan leid thun. Dieser Kerl hatte in seiner Eigenschaft als Anwalt des Staats die Beweglichkeit, die Sache von einem Standpunkte aus zu betrachten, den der Staat nun und nimmermehr theilt; und, um die Größe der Schwinderei und die Verwerflichkeit derselben vom sittlichen Standpunkte aus recht klar darzulegen und anschaulich zu machen, stellte der Anwalt des Staats Prinzipien auf, die der Staat, den er vertritt, überall, wo dieselben von Männern ausgesprochen werden, die für die Wohlfahrt des gesammten Volkes kämpfen, mit schwerem Kater, Zuchthaus und Gefängniß bestraft. Mit Recht warf ihm der Beschuldigte Osenheim's, Dr. Reuba vor, daß er ja „wie ein Sozialdemokrat spreche“, und daß er in seiner Rede das Heiligste, das persönliche Eigenthum, angegriffen habe. Es war dieses für einen Staatsanwalt des österreichischen Kaiserreiches — in welchem die Sozialdemokratie so sehr wie fast nirgend wo anders unterdrückt wird — ein schwerer Vorwurf, und dürfte Graf Lomezan wohl in keinem Osenheim-Prozeß mehr als Staatsanwalt fungiren.

Wie ganz anders klappte da Alles bei den Prozessen wegen der Landarbeiter-Revollen in Ostpreußen. Geschworene, Richter und Staatsanwalt, Alles ein Herz und eine Seele! Hier trat das Geschworenengericht, als nur aus Männern der besitzenden Klasse angehörend gebildet, in seinem Wesen so recht klar vor die Augen; denn die armen Landleute wurden von Geschworenen verurtheilt, die in ihrer großen Mehrtheit (22 von 30) speziell derselben Klasse (Gutsbesitzer) angehörten, gegen deren brutale Willkür sich die Landleute in ihrer mangelhaften Bildung mehr oder

minder zu Gewaltthätigkeiten hatten hinreißen lassen. Stellen wir einmal die Summe der Strafen, die gegen die bedauerndwerthen Landleute in Ostpreußen erkannt worden ist, dem freisprechenden Erkenntniß im Osenheim-Prozeß gegenüber. Es sind im Ganzen wegen aller stattgehabten Unruhen erkannt worden: gegen 36 Landleute 102 1/2 Jahre Zuchthaus und gegen 40 Landleute 47 Jahre 10 Monate Gefängniß, d. h. 76 Menschen ist 150 Jahre lang die Freiheit entzogen und die Ernährung ihrer Angehörigen dadurch verkümmert worden! 11 Personen wurden freigesprochen; mildernde Umstände nur Wenigen bewilligt. Die Hauptstrafe fiel auf die Duednauer Revollanten; es wurden nämlich 21 Personen mit 70 Jahren Zuchthaus und 17 Personen mit 26 Jahren 7 Monaten Gefängniß, d. h. 38 Personen mit mehr als 96 Jahren Freiheitsentziehung bestraft. Darunter 4 Landleute mit je 5 Jahren und 5 Landleute mit je 4 Jahren Zuchthaus! Alles speziell auszuführen, würde zu viel Raum in Anspruch nehmen, und ein Jeder, der nur noch ein bißchen Herz für seine unglücklichen Mitmenschen hat, wendet sich auch möglichst schnell von diesem traurigen Blatt preussischer Geschichte ab. Und nun vergleiche man, welche Art von „Verbrechen“ der menschlichen Gesellschaft gefährlicher ist, und ob jener Wiener Schwindler oder diese Revollanten mehr Schaden angerichtet haben. Wir glauben, daß der Schaden, den viele kleine Rentiers und Handwerker durch die Osenheim'schen Schwindereien erlitten haben, den Verlust, der durch einige seitens der Landarbeiter zerschlagene Fenster oder Biergläser entstanden ist, um mehr als ein Tausendfaches übertrifft. Ein Verlust von Menschenleben ist bei den Unruhen nicht zu bezagen gewesen, aber wie viel Wittwen und Waisen mögen vielleicht für immer den Verlust ihrer Ernährer beklagen, die bei dem Bau der Lemberg-Ezernowitzer Bahn zu Grunde gerichtet worden oder verunglückt sind, oder auch in Folge der durch die schwindelhafte Bauart so oft vorgekommenen Entgleisungen ihr Leben verloren haben? Ist nicht die Brücke über den Pruth mehrere Male zusammengebrochen? Sind nicht andere „Unglücksfälle“ zu Hunderten vorgekommen? Und trotz alledem, 150 Jahre Zuchthaus und Gefängniß für die Landarbeiter, und ein freisprechendes Urtheil für Osenheim! Dort viele Familien auf lange Zeit der Noth und dem Elend Preis gegeben durch Inhaftirung ihrer Ernährer, hier ein Schwindler ersten Ranges „mallos“ zurückkehrend in sein Palais, beglückwünscht von den hohen und höchsten Spigen der „seinen“ Gesellschaft. Das ist kennzeichnend für die Zustände in fast allen Staaten der Erde. Und die Sonne der kaiserlichen Gnade, hat sie für die armen Landarbeiter geschienen? Es ging nur ein Gnaden-Erlaß nach Königsberg, und der betraf den feintreichen Banquier Simon daselbst, der — wenn wir nicht sehr irren — wegen Osenheimereien in kleinerem Maßstabe zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden war. Dessen Strafe wurde durch kaiserliche Gnade in eine Geldstrafe von 1000 Thlr. umgewandelt — für den reichen Mann eine Kleinigkeit. Niemand scheint an diesem Tage der armen Landleute gedacht zu haben. Fiat justitia pereat mundus!

Doch genug, übergenug von diesen Betrachtungen; die Faust ballt sich Einem, wenn man über das Alles nachdenkt. Ich hatte nur die Absicht, die heutigen Geschworenengerichte zu kennzeichnen und hauptsächlich zu beweisen, daß diese Institution niemals als ein Volksgericht bezeichnet werden kann. Es konnte dieses nur von einer Presse geschehen, die in ihrer Verworfenheit kein Mittel scheut, um den Ausspruch der Wiener Geschworenen noch als die Meinung des gesammten österreichischen Volkes hinzustellen. So verkommen wie dieses Preßgefindel ist das österreichische Volk nicht, sondern es wird — wir sehen dies wenigstens von der arbeitenden Klasse voraus — in seiner großen Mehrheit ebenso gut wissen wie wir, daß die Geschworenengerichte nur dann erst den Namen einer Volks-Institution für sich in Anspruch nehmen können, wenn sie aus allgemeinen Wahlen seitens der gesammten Bevölkerung hervorgegangen sind, und wenn ein jeder ehrliche Mann ohne Ansehen des Besitzes zum Geschworenen wählbar ist.

Friedrich Ludwig Weidig.

Protest gegen eine geschichtliche Fälschung.

R. Von jeher habe ich für keinen Märtyrer unserer neuzeitigen politischen Freiheitsbewegungen eine wärmere, so zu sagen, persönliche Sympathie empfunden, als für den obengenannten unglücklichen „Pfarrer von Obergleen“, wie ihn Otto Müller in dem Titel seines leider! bis dahin noch unvollendet gebliebenen Romans nennt. Mit der Familie des als Talent und Charakter gleich hoch zu schätzenden edlen Verbliebenen war ich durch die Bande der innigsten Freundschaft und Pietät verknüpft und seinem hochbegabten, aber schon von Jugend auf durch das tragische Geschick des ehedem verwehnten Vaters stöcklich verschüchterten Sohne Willhelm, der zur Zeit in Osefen als Privatgelehrter und Schriftsteller in einsiedlerischer Zurückgezogenheit lebt, bin ich von den Tagen, wo er als Knabe mit mir spielte, heute noch befreundet. Die über seine Untersuchung und seinen Tod erwachsene umfangreiche Literatur, die auf beiden Seiten oft starke Leidenschaflichkeit aufweist, habe ich schon als Student mit eben so gründlichem Eifer wie alt- und neutestamentliche Exegese traktirt, und als Otto Müller den dankenswerthen Entschluß sagte, dem vielverfolgten und vielgeschmähten heftigen Patrioten, seinem provinziellen Landsmanne, ein würdiges literarisches Denkmal zu setzen, habe ich ihm zu diesem Zwecke gerne alles mir irgend zugängliche interessante Material, darunter manches bis jetzt noch nicht öffentlich benutzte, verschafft. Es wird mir daher ein andreichend informirtes Urtheil über Wei-

dig gewiß nicht abgesprochen werden können. Und eben so wenig fehlt mir wahrlich die tiefe Verehrung für sein Andenken.

Um so mehr mußte es mich indigniren, als ich in einer biographischen Skizze über Weidig in einem der letzten Hefte der vielgelesenen Keil'schen „Gartenlaube“ einen der in letzter Zeit gar häufig werdenden tendenziös entstellenden Versuche fand, wie so viele andere verstorbene Demokraten, so auch diesen schwarzroth-goldnen Märtyrer der 3. Zt. erstrebten deutschen Republik nachträglich unter schwarzweißrother Flagge für unsern modernen Rationalismus einzuschlachten. Ein Mann wie Weidig, der Freund Sollew's, angeblicher Vorkämpfer und Gesinnungsgenosse der Bennisgen, Riquel, Braun und Compagnie — pah, er würde sich noch im Grabe herumdrehen, wenn er diese grobe Fälschung seiner mit dem Tode besiegelten politischen Ideale hören könnte! Zu Ehren des Todten lege ich auf Grund der Akten und dessen, was ich durch seine Angehörigen über ihn weiß, gegen eine derartige Geschichtsmacherei hiermit öffentliche Verwahrung ein. Das Wändover, ob noch so plump, ist, wie gesagt, nicht neu. So gut, wie Dekar von Redwig und Berthold Auerbach, alte „demagogische“ Burschenschaftler der 30er Jahre, jetzt im neuen deutschen Reiche den Traum ihrer akademischen Jugend verpörrert sehen lassen, so gut ist die gleiche Melodie auch von Andern, die nicht zur Poeten-Zunft gehören, bis zum Elstl gepfiffen worden. Hans Blum, von dem es einst im Reichstag hieß, daß sei ein schlechter Vogel, der sein eignes Nest beschmutze, ein weit vom Stamme gefallener „Reichs“-Apfel, hat sich nicht entblödet, den politischen Lebensstert seines unvergesslichen Vaters aus dem Grabe heraus zu interpolieren und ihn, der wahrlich etwas ganz Andres wollte, den posthumen Eloqueurs des modernen Einheits- und Militärstaats ohne Erörthlen beizugesellen. Und als vor etwa einem halben Jahre auf dem Mannheimer Friedhofe die Todtenfeier für die 1849 von preussischen Kugeln standrechtlich erschossenen Volkskämpfer abgehalten wurde, bezog selbst der angeblich demokratische (!) bairische Abgeordnete von Feder in seiner Einweihungsrede zu meiner und meiner mitanwesenden Freunde gerechter Entrüstung die unverzeihliche Taktlosigkeit, ohne Stottern zu behaupten, daß jetzt, im Reiche „der Gottesfurcht und frommen Sitt“, erreicht sei, was ein Adolf von Trützschler und seine Schicksalsgenossen erstrebt hätten. Armer Trützschler, du eleganter, scharfsinnig-energischer, vor keiner Consequenz zurückschreckender „aristokratischer Demokrat“ — du sang, der du einst in der Frankfurter Paulskirche, obwohl selbst Mitglied einer der ältesten Adelsfamilien deiner Heimath, den von den Berliner Junkern dir blutig vergoltenen radikalen Antrag auf Aufhebung nicht nur der Adelsprivilegien, sondern auch des Adels selbst stieltest, — du hättest dir wahrlich nicht träumen lassen, daß man dich einst zum Vorkämpfer des Bismarckthums stempeln würde! Je nun, wenn man sich an den ungesühnten Namen Robert Blums und Adolfs von Trützschler so standalös versündigen durfte, dann muß es sich, um das Kleblatt zu vervollständigen, auch ein F. L. Weidig gefallen lassen, ad majorem imperii gloriam nachträglich „vergartenlaubt“ zu werden. Ich aber als überlebender Gesinnungsgenosse und pietätvoller Verehrer darf dazu nicht schweigen.

Herr Ernst Keil, der von dem Orte und der Existenz eines f. Zt. auf dem Darmstädter Kirchhofe errichteten Grabmals für Weidig gar Nichts wußte und dasselbe erst durch meine, ihm wahr-scheinlich ganz unbekannt gebliebene Vermittelung (auf desfallsiges Befragen eines Buchhändlers - Collegen der heftigen Darm-Residenz) „entdecken“ ließ, bringt als Illustration seiner Biographie einen mit gewohnter technischer Virtuosität ausgeführten Holzschnitt desselben, und zwar in unmittelbarer Nähe der (thatsächlich weit entfernt) im Hintergrunde prangenden, aus Holz vergrößert imitirten „eiserne“ Grabkreuze der in Folge des letzten Krieges gegen Frankreich in der heftigen Residenz beerdigten Soldaten. Am Fuße des Weidig'schen Grabmals mit der lesbaren, ehedem auf Befehl des reaktionären Ministeriums du Lhil durch Eisenkitt verdeckten oberen Inschrift: „Du starbst nach langer Kerkerhaft als heiliger Streiter. Dein freier Geist sucht in gestirnter Höh' des Lichtes Urquell!“ sibt ein unverkennbarer ehemaliger „Demagoge“ von anno 30, und der begleitende Artikel bemerkt dazu u. A. wörtlich: „Alle diese Gräber (der militärischen Opfer des letzten Krieges) sind mit feinfühligter Wahl (sic!) auf eine Stelle verlegt, wie man sie eindrucksvoller kaum im ganzen deutschen Reiche hätte finden können. Denn sie befinden sich unmittelbar hinter einem Monument, das ihnen voransteht, wie ein Feldherr dem Heere.“ — „Der hier als ihr vorangegangener Führer schlummert, er hat für das gleiche Gut gekämpft und sein Blut vergossen wie sie, nur in anderer Lage und in anderer Zeit. Das ist der ganze Unterschied.“ (!) — „Er war tapfer und groß, ja größer, wie Jene dort hinter ihm, und es ist ihm Genußthung geworden, spät, doch voll (?). Er sieht als General an ihrer Spitze, wenn auch im Tode. Was sie erklärten, das war sein Kampf, was sie errangen, sein Ziel; wofür sie starben, dafür starb er.“ (!) Und als Beweis dafür, daß Weidig selbst für sein theures Vaterland gar nichts Anderes erstrebt, als was die in seiner Nähe (vermuthlich rein zufällig) begrabenen Soldaten von 1870 mit ihrem Tode erkämpft, das in Verfallenes proklamirte preussisch-deutsche Kaiserthum, weiß Herr E. Keil in den vollen vier Seiten seines Gartenlaube-Artikels, obgleich dessen Verfasser von purem Reichenthumsthumus beizugehe, nichts Weiteres vorzubringen, als die 2 winzigen Zeilen, daß der von Weidig im Laufe der Untersuchung öfter geradezu dementirte Pfarrer Fied von Petteville u. A. einmal ausgesagt, „der von Weidig gestiftete Bund (der deutschen Gesellschaft in Vagbach) habe sich an die in volkshämlichem Geiste vorangehende (?) preussische Re-

gierung anschließen sollen.“ Und dazu macht er noch die schwer wiegende parenthetische Bemerkung: „Nach den Acten!“ Von Weidig selbst, der aus gewissen, für einen damaligen politischen Untersuchungsgegenstand nur zu erklärlichen Klagenrückichten zwar mehrmals von seinen patriotischen Hoffnungen auf den König von Württemberg und die Großherzöge von Baden und Hessen, niemals aber von dem damaligen Könige von Preußen und dessen Regierung in dieser Richtung auch nur eine Silbe zu Protokoll begeben, weiß die Gartenlaube für ihre geradezu freche posthume Interpolation*) eines von ihm angeblich beabsichtigten Anschlusses an Preußen nicht einmal einen Buchstaben zu produciren.

Im schreiendsten Gegensatz zu dieser schändlichen Gartenlaube-Berichterstattung ist es unter Allen, die mit Weidig näher vertraut waren, bekannt genug und läßt sich evident aus den Acten nachweisen, daß der unglückliche, geist- und charaktervolle Patriot für die erstrebte Regeneration seines Vaterlandes durchaus keine preussische Hegemonie oder gar den Hohenzoller'schen Einheitsstaat, sondern im Grunde nur eine föderative Republik im Auge hatte. Bei einem ganzen Manne, wie Weidig, dem Freunde Follen's und Gesinnungsgenossen Georg Büchner's, war dies auch gar nicht anders denkbar. Als unabweisende Belege hierfür gebe ich aus der bekannten „actenmäßigen Darlegung“ des Weidig'schen Processes verschiedene schlagende Stellen, die ich der Reihenfolge nach citire:

S. 96. „In diesen seinen (politischen) Bestrebungen wurde Weidig durch eine inzwischen in Frankfurt neuentstandene Verbindung (die sog. Union oder der Männerbund), welche eine Fortsetzung des Vaterlandvereines gewesen zu sein scheint, unterstützt; Zweck dieser Verbindung, welche mit den Republikanern in Frankreich und in der Schweiz in Communication stand, war ihren Statuten nach, Beförderung des Wiederauflebens des allgemeinen deutschen Vaterlandes, — zufolge der bestimmteren Depositionen einzelner Theilnehmer aber: die Revolutionirung und Republikanisirung Deutschlands, und als Mittel hierzu sollte besonders die Verbreitung revolutionärer Schriften dienen.“ — (Schluß folgt.)

Politische Ueberzicht.

Der Parlamentarismus hat gleich der Bourgeoisie deren Lieblingskind er einst war, alle Schaam verloren und trägt seinen Klassencharakter zynisch zur Schau. Daß in den parlamentarischen Körperschaften nur politische Komödie gespielt wird, ist eine alte Geschichte; daß aber der Parlamentarismus zu Gunsten der herrschenden Klassen die parlamentarische Redefreiheit unterdrückt, das heißt sein eigenes Wesen, von dem er den Namen**) hat, verläugnet — das war der neuesten Zeit vorbehalten, und geführt in dieser Beziehung dem Bismarck'schen Reichstage die Ehre der Initiative. Wie den Vertretern der Minorität, namentlich den sozialdemokratischen Abgeordneten in dieser Gesellschaft „anständiger“ Leute mitgespielt, die Redefreiheit mit Füßen getreten wird, ist unseren Lesern zur Genüge bekannt. In anderen Ländern ist's aber nicht besser. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Die besitzenden Klassen fühlen ihre Herrschaft in allen Kulturländern bedroht, und scheuen darum, gleich einem Thronusurpator, die Discussion ihrer Rechte, ihrer Berechtigung zur Herrschaft. An der Donau genau so wie an der Spree. Betrachtet man nur nachstehendes Bild des österreichischen Parlamentarismus, das uns die „Gleichheit“ zeichnet:

„Wie es im Parlamente zugeht, darüber konnte man gelegentlich der Berathung der Geschäftsordnung von Abgeordneten der Minorität dankenswerthe Aufklärungen erhalten. So sagte Dr. Kronawetter u. A.: „Mir ist es geschehen, daß mich meine Wähler ersucht hatten, einen bestimmten Gegenstand hier zur Besprechung zu bringen, und ich mußte antworten: „In die Ausschüsse werden Leute meiner Partei prinzipiell nicht gewählt, und ob ich das Recht haben werde, im Hause darüber zu sprechen, darüber muß ich erst die Herren X oder Y befragen, die gewöhnlich den Schluß der Debatte beantragen, der auch angenommen wird, ohne daß im Protokolle je ziffermäßig constatirt wird, wie viele Herren dafür und wie viele dagegen gestimmt haben.“ ... „Einen eigenthümlichen Eindruck erhält man, wenn man vergleicht, wie die Rechte des Deputirten, hier seine und seiner Wähler Anschauungen zum Ausdruck zu bringen, gering sind gegenüber den Rechten der Regierung, ihre Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Die Deputirten haben nicht das Recht, nach Schluß der Debatte noch zu reden. Nach dem Gesetze über die Geschäftsordnung vom Mai 1873 haben aber die Minister und überhaupt die Beamten der Regierung immer, also auch nach Schluß der Debatte, das Recht hier zu sprechen. Es hat mir daher nie recht gefallen, wenn ich gesehen, wie jene Herren auf der Ministerbank, welche dem hohen Hause angehören, für den Schluß der Debatte, das heißt dafür gestimmt haben, daß die Deputirten hier sprechen sollen (Heiterkeit). Sie konnten das leicht thun, denn sie haben nach dem Gesetze über die Geschäftsordnung das Recht, auch nach Schluß der Debatte zu reden und haben von diesem Rechte auch stets Gebrauch gemacht, wenn sie auch für den Schluß der Debatte gestimmt haben.“

Der Abgeordnete Fux bemerkte: „Wer aus der Provinz hierher kommt mit idealen Anschauungen, und wer da glaubt, es sei die Größe und Bedeutung der Angelegenheiten, welche hier verhandelt werden, zugleich ein Maßstab der Aufmerksamkeit, wird manchmal bitter getäuscht. Er erwartet einen feierlichen, imponirenden Senat und er geht mit einem Eindrucke zurück, der wahrhaftig nicht erhebend genannt werden kann.“

„Die Galeriesucher können von der grundgesetzlichen Deffinitheit wenig profitieren, weil häufig, offen gesagt, in Folge von Privatgesprächen und anderen Umständen eine Unruhe herrscht, daß man mitunter seine eigene Stimme nicht hört — auch wenn man ein starkes Organ hat (Heiterkeit). Die Stöße des Präsidenten, um Ruhe zu schaffen, wird vergeblich abgelehnt.“

Daß dieser Abgeordnete vollständig recht hatte mit seinen Beschwerden über die Haltung des „hohen Hauses“, bestätigt uns folgende Aeußerung des Präsidenten Dr. Reichbauer in derselben Sitzung; er sagte: „Ich bitte, meine Herren, doch um ein wenig Ruhe. Ich rede ohnehin so laut, daß mir die Brust wehe thut, und dennoch muß ich vom Herrn Abgeordneten Fux erfahren, daß er mich nicht verstanden hat. Ich glaube, daran ist nicht mein Organ, sondern die Unruhe des Hauses Schuld.“ —

So weit die „Gleichheit“. „Ganz wie bei uns!“ wird Jeder ausrufen, der mit den Protokollen des „Reichstags“ bekannt ist. Freilich, er wird hinzufügen: „Nur etwas geschmeichelt!“

*) postum — nach dem Tod. Interpolation, Einschleibsel, Unterchiebung.

**) Parlament, von dem franz. parler, reden; also Parlament wörtlich eine Redeanstalt, eine Körperschaft, in der geredet wird.

— Liberale Volksverdummung. Das Schicksal der „Volksbildungsvereine“, die angeblich die Bildung des Volkes bezwecken, ist von dem verunglückten Sozialisten-Lindwurm mit unbezahlbarer Deutlichkeit ausgeplaudert worden. Nützlich nicht aus Liebe zur Wahrheit, nicht aus Furcht ob des schändlichen Spiels, das hier mit einer erhabenen Sache getrieben wird, sondern aus Arger über seine bereits gemeldete Kalligraphie. In einer von der „Neuen Dresdener Morgenzeitung“ veröffentlichten Erklärung sagt dieser Eremmann über seine Entlassung:

„Der eigentliche Grund lag darin, daß ich mit der Aufklärung des Volkes, welche bei der Majorität im Centralausschusse bloßes Aushängeschild ist, Ernst (!!!) machte. Bereits im Jahre 1873 wurde ein Repergericht über mich abgehalten. Ich hatte in Jittau und Schleiz philosophische Vorträge gehalten, in denen ich in populärster Weise meine Weltanschauung (!) vorgelegt und offenbar das Interesse beider Vereinsversammlungen erregt hatte, da Alles bis zum Schluß gespannt zuhörete. Die Geistlichkeit hatte ich dabei in keiner Weise angegriffen, was dieselbe aber durchaus nicht abhielt, mich im Centralausschusse der Gesellschaft anzuklagen, und das Verbot an mich durchzusetzen, fernerhin keine (!) „religiösen Thematata“ zu behandeln. Man gab mir deutlich genug zu verstehen, ich sei nur dazu da, die Sozialdemokraten zu bekriegen. Liegt nun, meiner Auffassung nach, schon darin ein Verbrechen gegen die menschliche Gesellschaft, daß man sich überhaupt der geistigen Entwicklung widersetzt, so wird dieses Verbrechen zu einem schwereren, wenn man die Masse der Freiheit annimmt und verstoßen und hinterwärts den Fortschritt hintertreibt. Der mit offenem Biste gegen die Cultur, gegen die Geistesfreiheit sich aufhebende Ultramontanismus, über den heute Alles herfällt, ist in meinen Augen deshalb nicht entsetzt so gefährlich, wie die protestantische Scheinheiligkeit, welche öffentlich die Cultur auf den Lippen hat und sie im Geheimen verrät. Als ich seiner Zeit im Januar 1873 meine Wanderschaft antrat, erhielt ich keinen Buchstaben Instruction mit; man sagte mir, es sei das Wanderlehrerthum auf dem Gebiete der allgemeinen Volksbildung etwas durchaus Neues; ich müsse mich als den Pionier betrachten; man wolle von mir lernen. Als ich aber in meinem naiven (!) Glauben, daß das Programm der Gesellschaft aufrichtig gemeint sei, mich mit Begeisterung der Durchführung desselben widmete, da war der Eine noch klüger als der Andere; man sah, daß es mit dem Wanderlehrerthum ging (?), aber man sah auch, daß ich — der freisinnigen Heuchelei sehr gefährlich war (!!!). Sachlich hat man mir nie etwas zu widerlegen vermocht. Ich bin in der schonendsten Form in meinen Vorträgen, in meinen früheren Schriften (sfr. „Metaphysische Wurzel der christlichen Ethik, more geometrico aus exakter Philosophie, Berlin 1872“) der Geistlichkeit entgegengetreten; ich lebte noch dem kindlichen Glauben, daß auch die Geistlichen „prüfen und das Beste behalten“ würden. Und was hat es genügt? Da man in offener Debatte nichts gegen mich ausdrücken konnte, so ging man heimlich gegen mich vor. Es ist mir nie eine Anklageschrift mitgeteilt worden, noch hat man mich jemals zur eigenen Verteidigung zugelassen; bei der Aburtheilung über meine Philosophie (!) wurde sogar ein Antrag auf meine Vorladung abgelehnt; das Privilegium des gemeinsten Straßlings, sich verteidigen zu dürfen, geschand man mir, dem ersten Wanderlehrer der Gesellschaft, nicht zu. Hals über Kopf wurde ich abgethan, als ob Gefahr im Verzuge wäre. Als ich im Sommer 1873 durch so deutliche Anzeichen, wie das Verbot philosophischer Vorträge, die Ueberzeugung gewinnen mußte, daß der Centralausschusse der Gesellschaft dem Programm der Volksaufklärung, der zu Liebe ich Frau und Kinder verlassen, um als Wanderlehrer zu wirken, untreu wurde, und daß die „freie“ Volksbildung, welche das Gesellschaftsorgan, der „Bildungsverein“, als Aufschrift trägt, zu einer national-liberal-concessionirten herabgewürdigt wurde, da richtete ich mich in leidenschaftlichem Zorne (!!) wider Diejenigen, welche das Ideal zerstört hatten, das mir bis dahin in der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung vorgeschwebt hatte. Also auch die war auf Lüge, auf selbstbewußte, heuchlerische Lüge (!!) gegründet! Wo denn endlich wird die Wahrheit in der Forscherfreiheit eine Stätte finden? so frag ich mich (!), und da will man sich einsehen, daß ich in der Antwort, die ich darauf ertheilte, in meiner Philosophie (!), die nicht glimpflicher behandelt habe, als Jesus von Nazareth seiner Zeit die Pharisäer! Es wundert mich nicht, daß das Wütherthum während ich über meine Grobheit. Alle jene Halbmenschen, welche die Aufklärung als drittes Wort im Munde führen, aber zur Freiheit nicht den Muth besitzen, haben einen konventionellen Schutz des geistigen Nordes eingeführt. Dieser Schutz ist „die schonende Form“. Unter dieser Firma wuchern Lüge und Trug ungehindert weiter, wird der Fortschritt auf die Finger geklopft, wo er sich sehen läßt; wird Alles todgeschwiegen, was sich heimlich nicht umbringen läßt. Zu jener conventionellen Schutzgenossenschaft des geistigen Nordes gehöre ich nicht. Ich habe mir meine Leute angesehen und bin so mit ihnen umgegangen, wie es ihrer Natur angemessen war; und ich meine, daß die guten Leuten durch ihre Betreibung meiner Absehung in einer Weise das Zutreffen meiner Ausdruckweise eingestanden haben, welche Humor erwecken könnte, wenn die Sache nicht gar so ernst wäre. Sie verpflichten mich sehr durch den Abdruck dieser Mittheilungen. Mit ic. Dr. Arnold Lindwurm.“

Dies das töstliche Astenstück.

Daß Herr Lindwurm damit auch sich selber moralisch todschlägt, ist seine Sache und soll uns den Humor nicht verderben. Umkommen wird der Mann nicht; hat er den Insterburger „Bürger- und Bauernfreund“ abgewirthelet, dann bleibt ja die himmlische Vorsehung, welche sich nennt: Agidi.

— Hoffähige Demokratie. Am Mittwoch wurde der Fortschrittler (Auch-Demokrat) Sauten-Tapatschen zu einer Audienz beim preussischen Kronprinzen „besohlen“ und mußte demselben „seine aufrichtige Meinung über alle wichtigen Tagesfragen sagen“. Es zeigt dies, daß man in den höchsten Regionen diese fortschrittlichen Pudel sehr richtig taxirt.

— Tol maitre tel valot, wie der Herr so der Diener. Wenn Bismarck „Nerven“ hat, muß auch Falk „Nerven“ haben: er stellte sie nützlich in einer Kulturkampfsitzung des Abgeordnetenhauses mit solcher Energie zur Schau, daß mehrere Aerzte intervenirten — was man Bismarck gegenüber bei ähnlichen Gelegenheiten noch nicht gewagt hat.

— Das Berliner Stadtgericht hat sich Lessendorff's würdig gezeigt und den Redacteur der „Germania“ zu 2-jährigem Pflogensee verurtheilt. Klassische Bankrottklärung der Bismarck'schen Herrlichkeit.

— Zur Frage der Gefängnisarbeit. Die hochweisen Regierungen, die von einer nachtheiligen Einwirkung der Zucht-

baubarbeit auf die Lage der freien Arbeiter nichts verspüren (siehe Nr. 26 d. „Volksstaat“) ersuchen wir folgende Mittheilung der in Leipzig erscheinenden „Allgemeinen Bauhinderzeitung“ genau durchzulesen und sich ad notam zu nehmen:

„Die Strafanstalt Lichtenfelde machte vor einigen Wochen durch die Presse bekannt, daß sie 250 Portefeuller zu vergeben habe und weitere Mittheilungen des Interesses an zuziehen würde. Nicht wahr, das ist wunderbar? Da in den Strafanstalten, wegen Ueberproduktion, keine Beschäftigung für diese unfernen Arbeiter mehr ist, werden diese auf dem Arbeitsmarkte noch aus-geboten, um auch nur direkt den freien Arbeitern Konkurrenz zu machen, und was für Konkurrenz! Ein Magdeburger Prinzipal bemerkte dazu: „Nicht nur dem Arbeiter (dem freien), auch der Masse der kleinen Selbstständigen wird dadurch Konkurrenz geboten, denn für 40 Pfennige pro Tag bekommt ich den Mann, wenn ich welche haben will.“ Werden unsere Oeffnen, die Herren Portefeuller, nun endlich begreifen, daß auch sie die soziale Frage berührt? Warten wir's ab.“

— Wegen angeblicher Beleidigung der Leipziger Kreisdirection (i. in Nr. 41 des „Volksstaat“, Jahrg. 1874, die Correspondenz (Leipzig) ist der verantwortliche Redacteur dieses Blattes, Seiffert, in erster Instanz zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, nachdem er sich geweigert, den ihm zuerkannten Reinigungseid zu leisten. — Der frühere Redacteur des „Dresdener Volksboten“, Poggold, wurde den 13. d. per Bahn nach Zwickau befördert, um die ihm zuerkannte 6monatliche Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des Dresdener Gerichts zu verbüßen.

— Die Nr. 11 der Wiener „Gleichheit“ ist von der Polizei mit Beschlagnahme belegt, und sind noch 1500 Exemplare vorgefunden worden. Anlaß zu der Confiscation gaben zwei Artikel, in welchen die Lage der österreichischen Bergarbeiter geschildert wurde. Nun, es ist begreiflich, daß die Polizei der Wahrheit den Mund verschließen will, ist doch der heutige Klassenstaat der Complice der Ausbeuter auf Halpart. — In Nürnberg ist Parteigenosse Grillenberger wegen vermeintlicher Beleidigung eines Bezirksgerichtsdirektors, bezogen in einer Rede, die er in einer Arbeiter-versammlung gehalten hat, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Der Staatsanwalt hatte wegen dieses Punktes bloß 1 Monat Gefängnis beantragt, der kollegialische Eifer des Fürther Bezirksgerichts schloß aber um Dreifache darüber hinaus.

Gewerksgenossenschaftliches.

Metallarbeitergewerksgenossenschaft.
Leipzig-Sellerhausen. Wie in Nr. 29 des „Volksstaat“ bereits bemerkt ist, waren die Arbeiter der Vogel'schen Fabrik gezwungen, Montag, den 15. d. M., zu klünzigen, sie werden Sonnabend, den 20. d. Monats die Arbeit niederlegen, wenn Herr Vogel bis dahin sich nicht eines Besseren besonnen haben sollte. Zudem ich dies bekannt mache, ersuche ich sämtliche Arbeiterblätter, in ihren Spalten vor Bezug nach hier zu warnen. Näherer Bericht folgt. Im Auftrage: R. Ludwig.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Wiesbaden, 11. März. So viel sich unsere auswärtigen Kollegen gewiß noch erinnern können, gründeten wir vorigen Jahres ein unentgeltliches Arbeits-Nachweis-Bureau (daran doch als steuerpflichtig erkannt), welches zum Nutzen sowohl der Arbeiter als auch Arbeitgeber dienen sollte. Es tauchte deshalb schon vor einiger Zeit von verschiedenen Seiten die Meinung auf, ob nicht in Betreff des Arbeitsnachweis-Bureaus eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern stattfinden könnte, welche inbezug nicht zur Ausführung kam, indem seitens der Arbeitgeber die Bedingung gestellt wurde, wir sollten das Arbeitsnachweis-Bureau nicht zu Agitationszwecken gebrauchen, worauf wir natürlich nicht eingehen konnten. Von unserer Seite wurde verlangt, die Meister sollten den § 15 ihres Statuts fallen lassen, welcher lautet: „Die unterzeichneten Mitglieder des Vereins der Inhaber von Schneidergeschäften dahier, von der Ansicht ausgehend, daß die Arbeit nur nach Leistung und geringere Arbeit nicht wie gute bezahlt werden kann, verpflichten sich bei einer Strafe von 150 Mark, keinen Arbeiter zu beschäftigen, welcher andere Arbeiter durch Aufreizung zur Nichterfüllung der von ihnen übernommenen Verpflichtung überredet, oder seinen früheren Arbeitgeber böswillig geschädigt hat, bis er den geschädigten oder beleidigten Arbeitgeber vollständig befriedigt hat, und werden jedem Arbeiter, welcher außer Arbeit tritt, einen Entlassungsschein geben, und keinen Arbeiter beschäftigen, der ohne einen Entlassungsschein von einem der Unterzeichneten aus Arbeit getreten ist.“ Natürlich ließen die Meister diesen sauberen Paragraphen nicht fallen, und schreien sie ihn gebrauchen zu wollen, indem uns schon von etlichen Arbeitgebern eine Lohnreduktion angekündigt wurde. Unter diesen Umständen fühlen wir uns genöthigt, alle Kollegen vor Bezug nach Wiesbaden zu warnen. Alle arbeiterfreundliche Blätter werden gebeten, dieses zur Veröffentlichung zu bringen. Im Auftrage: Die Commission der Schneidergewerkschaft. Noch ersuchen wir Herrn Lehendeder in Mainz, und doch zu benachrichtigen, ob er den gewissen Brief aus Wiesbaden, unterzeichnet E. Pf., bekommen hat und warum derselbe unbeantwortet bleibt.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Würzburg. Unser wunderlicher Schnabel schimpft auf der Straße, sowie in den Wirthschaften fürchterlich darüber, daß wir ihn, wie er sich ausdrückt, in die „Union“ gesetzt haben. So zum Beispiel in der Weidner'schen Restauration vor'm Sandthor, wo derselbe nach einer Schimpferei, die wir wegen ihres Umfangs nicht widergeben können, unter Anderem Folgendes äußerte: „Ich weiß nicht, warum man mich so haßt; ich bekomme keinen Gefellen mehr, der etwas kann. Nordsteele find's, aber lauter Pfaucher! So war's auch bei St. Nachdem ich ihm etwas hineingepöbellet hatte und er arbeiten konnte, lies er davon ic.“ Herr Schnabel! Wollen Sie, daß es in Ihrer Werkstätte anders werden soll, so müssen Sie Folgendes beobachten: 1) Die Arbeiter nicht „sozialdemokratische Lumpen“ schimpfen. 2) Nach dem Preiscurant zahlen, den die Arbeiter festgesetzt haben. Das Zwitterding, daß Sie mit mehreren Ihrer Bestimmungsgenossen, die auch gern wenig zahlen, aufgestellt haben, ohne einen Arbeiter zu fragen, ob er damit zufrieden ist, geht uns nichts an. Daß Sie zu Ihren Preisen keine Arbeiter erhalten, trotz der herrschenden Noth, ist selbstverständlich. Also besser zahlen. 3) Das Schimpfen und Prügeln (Ihr eigener Ausdruck!) müssen Sie sich ganz abgewöhnen, denn das ist nicht mehr Mode und hat für Ihre Werkstätte nichts Anziehendes. 4) Am Samstag Abend 6 Uhr ist ordnungsgemäß den Tageslohnarbeitern der volle Tagelohn, sowie den Allort-Arbeitern

mindestens eine Wochenzahlung von 10 fl. (nicht 3 oder 6, wie Sie belieben) zu verabschieden. Was nützt es, mit Ihrem vielen Gelde zu prahlen und dabei den Arbeiter mit ein paar Gulden abzuspeisen! 5) Die Arbeiter bei der Arbeit nicht unnötig schikanieren, wie es bei Ihnen Gebrauch zu sein scheint. Daß man nach gemachtem Akkord noch Arbeiten aufhört, von welchen der Arbeiter nichts wußte, tangt nichts. In der jetzigen Zeit und besonders weil Sie nicht gerne zahlen, muß jede Umständlichkeit vermieden werden. Wenn Sie diese Lehren annehmen, sind wir bereit, Ihre Befehre durch die Spalten der *Zeitung* jetzt veröffentlichen. „*Union*“ bekannt zu geben und selbst ein ganz neues Schnabälchen zu Ihrem Lobe zu singen. Also Adieu, Herr Schnabel, gute Befehre!

Somann.

Correspondenzen.

Stollberg, 25. Februar. In einer am 19. Februar abgehaltenen Versammlung des Arbeiterbildungsvereins erstattete Parteigenosse *Wiemer* aus Magdeburg Bericht über seine agitatorische Tätigkeit im 19. Wahlbezirk. Wir entnehmen dem Bericht folgende Mitteilungen:

Die Agitation sei von ihm unternommen worden auf besonderen Wunsch der Parteigenossen des 19. Bezirkes und auch auf Ersuchen *Leibschütz*. Leider konnte die Agitation nicht so regelrecht vor sich gehen, wie sie auf der Bezirkskonferenz in *Lößnitz* beschlossen, und vom Central-Agitationskomitee in *Chey* angeordnet wurde. Die Parteigenossen an manchen Orten schoben die Anordnungen von Volksversammlungen auf die lange Bank, und dadurch wurde manche Versammlung unmöglich gemacht. Ebenso arbeiteten die Gegner in der heimlichste Weise gegen uns, indem sie es zu bewerkstelligen wußten, daß uns viele Lokale zur Abhaltung von Volksversammlungen entzogen wurden; z. B. in *Bschorlan*, *Schlema*, *Aue*, *Neuwiese*, *Niederwürschitz*. In dem zuletzt angeführten Orte konnte jedoch die Versammlung acht Tage später in einem anderen Lokale stattfinden. Versammlungen hielt *Wiemer* ab im Monat Januar sieben, und zwar in folgender Reihe: Am 19. in *Schneeberg*, 20. *Lößnitz*, 23. *Neustädtel*, 28. *Oberwürschitz*, 29. *Oberfalter*, 30. *Chey* und am 31. *Burlhardtendorf*; im Monat Februar: am 1. in *Thalheim*, 2. *Stollberg*, 6. *Müllen St. Niklas*, 8. *Sahlen*, 9. *Niederhalsan*, 11. *Brünneloh*, 13. *Chey* (16. Wahlbezirk), 14. *Niederwürschitz*, 15. *Seiffersdorf*, 16. *Niedersdorf* und am 17. *Hohenfeld*, also elf Volksversammlungen im Monat Februar, mithin vom 19. Januar bis 17. Februar achtzehn Volksversammlungen. Die langen Zwischenpausen sind theils auf die bereits oben angegebenen Gründe, theils auf mangelhafte Organisation zurückzuführen, indem für die Organisation noch zu wenig von den Parteigenossen gethan wurde. So hätte, bemerkt *Redner*, mitunter er selbst nach Einberufen suchen müssen, was für ihn, da es ihm an manchen Orten an Bekanntheit fehlte, mit großen Schwierigkeiten verbunden war.

Er halte es für praktisch, wenn von Seiten der Parteigenossen eines Ortes zuweilen Spaziergänge an Sonntagen gemacht würden, um mit der, mit uns mehr als mit den Liberalen sympathisierenden Landbevölkerung unseres Wahlkreises stets im regen Verkehr zu bleiben. Es würden dadurch stets Verbindungen aufrecht erhalten, was bei der Agitation von wesentlichem Vortheil sei. *Redner* gab die Orte an, wo eine gute Organisation vor allen Dingen geschaffen werden muß, und welche dann die umliegenden Distrikte in ihren Wirkungskreis zu ziehen haben. Der Rath wird auch von uns befolgt werden, auf der nächsten Bezirkskonferenz wollen wir die angegebenen und auch die anderweitigen Vorschläge *Wiemer's* in Betrachtung ziehen.

Redner bezeichnete ferner die Behauptung unserer Gegner „vom Rückgange der Sozialdemokratie“ als leeres Getöse, indem er, trotz des tollsten Schneetreibens und der mitunter äußerst empfindlichen Kälte — dieselbe erreichte 20 Grad unter Null —, stets zahlreich besuchte Versammlungen angetroffen habe. Nur *Müllen St. Niklas* hätte hiervon eine Ausnahme gemacht, dort sei der Besuch sehr schwach gewesen. Es sei gewiß ein trefflicher Beweis für den begeisterten Anklang, welchen der Sozialismus finde, wenn die Zuhörer Hundertlang in den ungeheizten Sälen ausdauerten. Gegner habe *Redner* wohl stets in den Versammlungen gehabt, doch zogen dieselben trotz wiederholter Aufforderung es vor, zu schweigen; nur in *Schneeberg* hätte ihm Einer Opposition gemacht, und auch dieser hätte es unterlassen, wäre er nicht direkt von ihm (*Wiemer*) herausgefordert worden. Ebenso war die Haltung der Bevölkerung durchaus eine würdige, und verließen die Versammlungen ohne die geringste Störung. Nur in *Neustädtel* scheint man schwere Angst vor den Lehren der Sozialdemokratie gehabt zu haben, indem man es dort vorzog, die Versammlung aufzulösen. Nachdem der Referent den Versammelten nochmals empfohlen, die äußerste Thätigkeit zu entwickeln und für eine regelrechte Organisation Sorge zu tragen, erbat derselbe sein Referat, und eine sehr lebhaft debattirte hielt die Anwesenden noch bis Mitternacht zusammen.

C. B.

Ehlsbrunn, Sonntag, den 28. Februar tagte hierorts eine Volksversammlung, in welcher Bericht über die letzte Reichstagsession erstattet wurde. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Reichstagsabgeordneten *Motteler* war Parteigenosse *Ebert* aus *Wilkau* erschienen. Derselbe wies zunächst den von den Gegnern gemachten Vorwurf über das Fehlen *Motteler's* im Reichstage zurück, und führte ab, unter welcher Bedingung *Motteler* das Mandat angenommen habe. Der *Redner* ging nicht sofort zur Berichtserstattung über, sondern beleuchtete die sozialdemokratischen Ziele, von welchem ja die sozialistischen Abgeordneten ausgingen. Er führte dann einige Paragraphen der deutschen Bundesverfassung an, um zu zeigen, wie schwer es sei, etwas für das Volk an Volksrechten zu erringen. Eingehend auf die Thätigkeit der Abgeordneten in der letzten Reichstagsession, erwähnte *Redner* des *Civilchefs*, welches er in seiner jetzigen Beschaffenheit namentlich für die ländliche Bevölkerung als ein Hemmnis betrachte, indem da viele doppelte Gebühren bezahlt werden würden, um ja nicht schief angesehen zu werden. Auch das *Bankgesetz*, *Landsturm- und Haftpflichtgesetz* unterwarf der *Redner* einer eingehenden Besprechung. Sodann sprach der *Redner* über den Zweck und Nutzen der Gewerkschaften, was auch bei Vielen angeschlagen hat, indem man beabsichtigt, eine Lokalmittelklasse hier zu gründen.

Mühlhausen i. Th. Am 15. Februar fand hier eine Volksversammlung im Saale des *Coburger Hofes* statt, welche von Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufen war. Zum Vorsitzenden wurde Herr *Nolle*, zum Schriftführer Herr *Büchner* gewählt. Auf der Tagesordnung stand: „Die sozialpolitische Lage der Gegenwart und die Stellung der Sozialdemokratie.“ Das Referat hatte Herr *J. Auer* aus *Hamburg* übernommen, derselbe war jedoch am Erscheinen verhindert und schickte uns Herrn *Wode* aus *Werden*. Obgleich Herr *Wode* gern über ein anderes Thema gesprochen hätte, so behandelte er doch obiges

Thema, weil es eben auf der Tagesordnung stand, mit vielem Geschick, und hielt einen geistreichen, rein wissenschaftlichen Vortrag, frei von aller Effekthascherei. Anfanglich fand ein lautes Durcheinander von Seiten unserer Gegner statt, welches aber sofort verstummte, als vom Vorsitzenden um Ruhe gebeten ward. Im weiteren Verlauf der Rede des Herrn *Wode* erranz sich derselbe allseitigen Beifall, so daß am Ende desselben unsere Gegner vom Vorsitzenden zwei Mal zur Gegenseite und von Herrn *Wode* selbst zum dritten Mal dazu aufgefordert wurden, aber Niemand ergriff das Wort. Wir haben somit in dieser Volksversammlung einen schönen Sieg errungen, was wir hauptsächlich Herrn *Wode* zu danken haben. Möchte es uns vergönnen sein, noch mehrere solche Männer zu hören, welche ihren Gegenstand ruhig, rein sachlich und leidenschaftlos behandeln, und unsere Mittelklasse würde wachsen, denn es ist hier ein guter, für sozialistische Lehren sehr empfänglicher Boden, nur muß er auch gut gepflegt werden.

Geithain. An die Parteigenossen des 14. k. B. Wahlkreises. Die Parteigenossen laden wir hiermit zu einer Besprechung für den 1. Osterfeiertag, *Samstag* 2 Uhr, in *Krafft's* Gasthof, *Bahnhof* *Raxdorf* ein. Gegenstand der Besprechung soll sein: Programm und Organisation der zu gründenden deutschen Arbeiterpartei und die Wahl eines Delegirten zum *Congress*. Die Nothwendigkeit einer Vereinbarung in dieser für jeden Parteigenossen so hochwichtigen Angelegenheit wird jeder Parteigenosse einsehen. Die Verhältnisse zwingen uns, gemeinsam einen Delegirten zu wählen und uns deshalb über die demselben zu gebenden Instruktionen zu vereinigen. Recht zahlreichen Erscheinen sehen entgegen

Die Geithainer Parteigenossen.

J. A.: G. Stahl.

Coburg, 21. Februar. (Agitationsbericht.) Heute *Samstag* fand in *Weidach* eine Volksversammlung statt. Referent: *Johann Kappeler* aus *Coburg*. Tagesordnung: 1) Die Arbeiterbewegung und deren Entstehung; 2) Zweck und Nutzen der Gewerkschaft. *Kappeler* erklärt den Anwesenden, wie sich die Arbeiterbewegung entwickelt habe, was die Arbeiter dazu veranlaßt, sich zu organisieren und zu vereinigen und führt die *Großproduktion* und die immer mehr um sich greifende Ausbeuterei als Hauptursache an. Er weist die frechen und lägenhaften Verleumdungen unserer Gegner energisch zurück und fordert die Anwesenden auf, sich mehr und mehr bei den Volksversammlungen zu betheiligen, und mit uns gleiche Schritte zu thun, damit wir nach und nach unseren Gegnern den Kampf immer mehr erschweren und schließlich zu unserem Ziele gelangen können. Referent geht nach einer Pause von 10 Minuten zum zweiten Punkt der Tagesordnung über und spricht über die Gewerkschaften und deren Nutzen, wobei er die Unterstützung in Unglücksfällen, Krankheitsfällen, Nothfällen hauptsächlich hervor hob; er führt an, wie wohlthuend es sei, wenn man sich sagen könne, keine Bilder von *Nah* und *Fern*, sie unterstützen dich. Dabei vergaß der *Redner* nicht, das Verfahren unserer Gegner trefflich zu geißeln.

Die Versammlung war von einem *Gendarmen* überwacht, und wurde zur Besriedigung aller Anwesenden geschlossen.

Berlin, 10. März. „Privilegirte Verbrechen und staatsgefährliche Theorien“ lautete das Thema, über welches *Freund Auer* in der öffentlichen gut besuchten Versammlung des *Wahlkreises* der sozialdemokratischen Arbeiterpartei *Samstag* den 7. März referirte. Ist es schon ein schwierig Ding, unter den Augen eines *Tessendorf* und ohne gegen § 130 des *Strafgesetzbuches* zu verstoßen, über „privilegirte Verbrechen“ zu reden, so ist dies um so anerkenntniserwerth, wenn der *Redner* dies Thema, wie es hier geschah, bis ins kleinste Detail verarbeitet und er seinen Vortrag zu Ende bringt, ohne gegen einen der so sehr empfindlichen *Hab* und *Berachtungsp* Paragraphen zu verstoßen. — *Auer* benutzte das Material, welches ihm der jetzt zu Ende geführte *Osenheim-Prozess* in die Hände gab, äußerst geschickt und führte wahre Keulenschläge gegen die heutige Art und Weise der Rechtsprechung, indem *Geschworene* über ein Verbrechen urtheilen sollten, von welchem sie selber nicht rein zu sprechen seien, und zog dann eine Parallele zwischen diesem und dem *Wiener Hochverratsprozeß* von 1870, bei welchem letzterem auf langjährige schwere *Kerkerhaft* erkannt ward und nur deshalb, weil bei den Angeklagten ein Stück Papier gefunden worden, auf welchem verzeichnet stand, daß dieselben Anhänger der Sozialdemokratie seien, während bei dem *Osenheim* klar erwiesen war, daß derselbe nicht allein Hunderte von rechtschaffenen Bürgern um *Hab* und *Gut* gebracht, sondern daß durch seine *Gewinnsucht* zahlreiche Arbeiter um *Leben* und *Gesundheit*, und deren Angehörige um den *Ernährer* gebracht wurden. Ein ebenso privilegirtes Verbrechen sei es auch, wenn von „gewisser“ Seite durch *Ländergier* und *Ehrgeiz* der *Nationalitätenhaß* geschürt und dadurch der *Masse* hervorgerufen und gefördert wird. Schließlich übermittelte Referent die Grüße und Wünsche der *Hamburger* Parteigenossen, die auf dem Wege der Einigungsfrage die befriedigendsten Fortschritte machten. Mit der Hoffnung, daß dasselbe bei den *Berliner* der Fall sein werde, schloß Referent unter ungetheiltem Beifall der zahlreichen Versammlung.

Hier seien noch folgender Beurtheilungen erwähnt: Parteigenosse *Stäger* wegen „*Majestäts*“ Verleumdung zu 6 Monaten *Aufenthalt* in *Plönssee*; Parteigenosse *Heinrich* wegen *Verletzung* der §§ 2, 13 und 16 des *Bereinsgesetzes* zu 120 und 30 *Mark* event. 25 *Tagen* *Haft* (gleichzeitig auf *Schließung* des *Bereins* (1) „*sozialdemokratische Arbeiterpartei*“ erkannt); der erste *Vorstand* des *Wahlkreises*, bestehend aus den *Gemossen* *J. Windhorst*, *P. Eberhardt*, *H. Grimpe*, zu je 15 *Mark* und in die *Kosten*; Parteigenosse *Bernstein* wegen *Bismarck*-Verleumdung zu 60 *Mark*.

Forst i. d. Lausitz. Vor etwa 14 Tagen erhielt ich von einem Parteigenossen aus *Großenhain* einen Ausschnitt aus dem dortigen Anzeiger, worin nach meiner *Benignität* gefahndet wird. Es heißt darin: „Der *Tuchmacher* *Anton Behr* ist wegen *Hausfriedensbruch* zu 7 *Tagen* *Gefängnis* verurtheilt, derselbe ist flüchtig, und ersuchen wir alle Behörden des *In*- und *Auslandes*, auf denselben zu fahnden, im Betretungsfalle zu verhaften und anher *Vericht* zu erstatten.“ Ich konnte mich noch erinnern, daß ich nach dem *Streik* in *Großenhain* von dem dortigen *Fabrikanten* *Raundorf* wegen *Hausfriedensbruch* angeklagt worden war und zwar deshalb, weil ich mich nach der *Aufforderung* desselben, sofort die *Fabrik* zu verlassen, noch einige Minuten in den *Arbeiter*räumen des *Hrn. Raundorf* aufhielt. Um also der löbl. *Polizei* nicht unnütze *Mühe* zu verursachen, beschloß ich, selbst nach *Großenhain* zu fahren und dort meine *Strafe* abzusitzen, was ich denn auch ausführte. Die Parteigenossen von *Großenhain* hatten mich mit allem *Nöthigen* versorgt und ich wandte meine *unfreiwillige* *Ruhe* dazu an, einen Vortrag einzuführen, welchen ich in einer *Arbeiter*versammlung in *Großenhain* am 21. *Februar* halten wollte. *Freitag*, den 19. *Februar* war meine *Haft* zu Ende. *Sonnabend* *Morgens* wurden zu der beabsichtigten *Versammlung* *Plakate* gedruckt, auf welchen mein Name als *Vortragender* stand. Als die *Polizei* da-

von *Keantnig* erhalten, wurde es nicht gestattet, daß mein Name auf dem *Plakat* stehe, und um den *Unarungen* der *Justiz* zu entgehen, ließen wir die betreffende Stelle zu. *Mittlerweile* erhielt ich eine *Berladung* für *Samstag* 3 *Uhr* nach dem *Rath*-*expeditionss* *Orte*. Dort wurde mir eröffnet, daß, da ich hier bestraft worden sei, der *Stadt*rath *Beschlossen* habe, mich aus *Großenhain* auszuweisen. Auf meine *Frage*, zu welcher *Zeit* dies zu geschehen habe, ward mir die *Antwort*: dies habe sofort zu geschehen. Es wurde mir ein *Polizist* mitgegeben, und nachdem ich noch mit einigen *Parteigenossen* gesprochen, ging es zum *Thore* hinaus. Die *Verordnung* der *würdigen* *Stadt*rath *ging* so weit, daß sie mich nicht warten ließen bis der nächste *Zug* nach *Forst* abging. Ich mußte in der *schneidenden* *Kälte* auf einem alten *Holz*schlitten, den ich zufällig aufgebahrt, bis zur nächsten *Station* fahren. *Kaum* war ich in *Forst* angelangt, so erhielt ich eine *Berladung* auf das dortige *Polizei*bureau. Dasselbst wurde mir als *Vorsitzendem* des im *Januar* d. J. gegründeten *sozialdemokratischen* *Wahlkreises*, sowie meinem *Stellvertreter*, eröffnet, daß der *Berein* geschlossen sei. Es wurde kein *Grund* angegeben. Der *Berein* hatte noch keine *Thätigkeit* entwickelt, da wir noch immer auf die *Beschneidung* der *Anmeldung* desselben warteten. Es ist dies charakteristisch. § 2 des *preussischen* *Bereins*- und *Ber*-*samm*-*lungsgesetzes* besagt, daß die *Behörde* über die erfolgte *Anmeldung* sofort eine *Beschneidung* zu ertheilen habe, darum kümmert sich die *Behörde* aber wenig. Ja, wenn es gilt, gegen uns eine *Anklage* zu schmieden, da weiß man die betreffenden *Paragraphen* herbeizufuchen. Doch wir werden uns durch all diese *Chikanen* nicht zurückschrecken lassen. Es wird rüstig fortgearbeitet an der *Erlösung* der *darbenden* *Menschheit*, und die *Zeit* rückt mit *Riesen*-*Schritten* heran, wo die *Sklaverei* ein *Ende* nimmt.

Mit sozialdemokratischem Gruß! *Anton Behr*.
Den Parteigenossen von *Großenhain* meinen besten Dank für ihre Unterstützung.

Forst i. d. Lausitz, Am 6. d. M. fand in *Berge* bei *Forst* eine öffentliche *Arbeiter*versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die soziale Frage“. Als Referent war *Anton Behr* erschienen. Derselbe führte aus, daß sich heute die *Blätter* aller *Partei*schattirungen mit der *sozialen* *Frage* beschäftigen und ihren *Lesern* allerhand *Mittel* zur *Lösung* derselben vorschlagen. *Redner* führt an der *Hand* der *Geschichte* aus, daß, soweit unsere *Kenntnig* der *sozialen* *Zustände* reicht, zu allen *Zeiten* *Un*gerechtigkeiten geherrscht hätten, welche in der *sozialpolitischen* *Ungleichheit* der *Menschen* wurzelten. *Redner* führt als *Beispiele* die *Sklaverei* im *Alterthum* und die *Leibeigenschaft* im *Mittelalter* an. An die *Stelle* dieser *Zustände* ist heute die *Lohn*sklaverei getreten. In *welch* *elenden* *Verhältnissen* die *Arbeiter* heute leben, beweist die *Statistik*. Durch die *planlose* *Produktion* werden in *immer* *wiederkehrenden* *Krisen* *Tausende* von *Arbeiter*n auf's *Pflaster* gesetzt und dem *langsam* *Hungertode* preisgegeben. *Palliativ*mittel, wie sie *Schulze* aus *Delitzsch* vorgeschlagen, können dem *gesamten* *Arbeiter*stande nicht helfen, es müssen *durchgreifende* *Maßregeln* ergriffen werden. Daß die *heutige* *Gesellschaft* durch und durch *faul* ist, beweist wieder der *Prozess* *Osenheim* in *Wien*. *Trotzdem* bei demselben *der* *großartigste* *Schwindel* zu *Tage* trat, wurde *Osenheim* freigesprochen. Unsere *liberale* *Bourgeois* *Presse* begünstigt diese *allgemeine* *Corruption* und sucht diese *Zustände* zu *bekönigen* und *mittels* der *ges*-*fälschten* *Wissenschaft* und *Verbreitung* der *Thatsachen* dem *Arbeiter* weizumachen, daß die *heutigen* *Zustände* *gerecht* sind. Die *Jesuiten* in der *Ratte* weißt man aus und die *Jesuiten* im *Frack* machen sich desto mehr breit. Wo man dem *Arbeiter* noch *beikommen* kann, sucht man ihn auf die *Religion* und den *Himmel* zu *verweisen*. Nun wir überlassen den *Himmel* gern den *Gläubigen*, wir aber wollen uns schon auf *Erden* ein *Paradies* errichten. Deshalb müssen die *heutigen* *Zustände* geändert werden. Die *Sozialdemokratie* hat sich dies zur *Aufgabe* gemacht. Sie will dem *Arbeiter* den *vollen* *Ertrag* der *Arbeit* sichern und *verlangt* zur *Durchführung* dieses *Planes* *Staats*hülfe für *Produktions*-*genossenschaften*. Wie der *Staat* gesonnen ist, auf diesen *Vorschlag* einzugehen, beweisen die *Verfolgungen* der *Sozialdemokratie*. Durch diese *Verfolgungen* hat man aber nur erreicht, daß die *beiden* *sozialdemokratischen* *Fractionen*, welche sich vor *Kurzem* noch *feindlich* *gegenüberstanden*, sich *vermählen* werden. Nachdem der *Referent* noch *aufgefordert* hatte, auf die *sozialdemokratischen* *Blätter* zu *abonniren*, brachte er folgende *Resolution* ein, welche von der *Versammlung* einstimmig *angenommen* ward: „Die heute in *Berge* tagende *Arbeiter*versammlung begrüßt mit *Freuden* die in den *beiden* *Fractionen* *gesprochenen* *Einigungs*bestrebungen und hofft, daß dieselben bald ihren *endgültigen* *Abschluß* finden.“

Ein Sozialdemokrat.

Ossenbach a. M., 12. März. *Trotzdem* wir seit *langer* *Zeit* die *Spalten* des „*Volk*staat“ nicht *benutzt* haben, waren wir hier doch sehr *rührig*, indem wir alle *Montage* im *Bande* mit den *Mitgliedern* des *Allgem.* *deutschen* *Arbeiter*vereins unsere *Partei*versammlungen *abhielten*, in welchen *regelmäßig* *Vorträge* gehalten wurden. *Außerdem* hielten die *Mitglieder* des *Allgem.* *deutschen* *Arbeiter*vereins zu *Bürgel* a. M. *Sonntag* den 28. *Februar* eine *Volks*versammlung ab mit der *Tagesordnung*: „*Der* *Militarismus* und das *Land*sturmgesetz“, über welchen *Punkt* Herr *Klein* aus *Elberfeld* und *Unterzeichneter* referirten. — *Sonntag*, den 7. *März*, fand in dem *anderthalb* *Stunden* von hier *entlegenen* *Dietesheim* gleichfalls eine *Volks*versammlung statt. Auf der *Tagesordnung* stand: „Die *Bereinigung* der *Sozialdemokratie* und das *Kontrakt*-*bruchgesetz*.“ *Ueber* beide *Punkte* referirte *Unterzeichneter* und Herr *Flos* von hier zu *allgemeiner* *Zufriedenheit*, und erklärten sich die *Dietesheimer* *Arbeiter* für die *Bereinigung*; sie sprachen auch den *Wunsch* aus, daß wir vor dem *Congress* noch eine *Volks*versammlung *abhalten* möchten, was wir *bereitwillig* *zusagen*. Für die *nächste* *Zeit* halten wir *jeden* *Sonntag* in *hiesiger* *Um*-*gebung* *Volks*versammlungen ab. So ist hier bei uns die *Bereinigung* schon zur *Thatsache* geworden.

C. Ulrich.

Söln. Die *Schlacht*- und *Wahlsteuer* wurde *hier* *selbst* mit dem 1. *Januar* *angeföhren*. In *Folge* dessen sollte man doch *billiger* *Weise* *annehmen* dürfen, die *Lebens*mittelpreise seien *herunter*gegangen. Aber *nein!* Gerade das *Gegentheil* ist der *Fall*. Vor 2 1/2 *Jahren* kostete *hier* *selbst* das *Walter* *Waizen* 14 *Thlr.* und heute kostet das *Walter* *prima* *Qualität* nur 6 *Thlr.* 25 *Sgr.*, also noch nicht ganz die *Hälfte*. Das *Weiß*brod ist aber *darum* *durchaus* nicht *billiger* und auch nicht *größer* geworden. Ein *altes* *Sprichwort* lautet: „Die *Götter* können auch mit *Ueber*-*fluß* *strafen*.“ In *frucht*baren *Jahren* auf die *armen* *Bauern* *angewendet*, mögen diese *Worte* wohl *passen*. Aber in der „*besten* der *Welten*“ wird das *Schicksal* der *Menschen*, wie *obige* *Zahlen* und noch *tausend* *andere* *Fälle* *beweisen*, nicht *durch* *frucht*bare oder *unfrucht*bare *Bitterung*, also nicht von den *Göttern*, sondern von den *Börsen*männern und *Kämmer*seelen *bestimmt*. An die *Stelle* der *Schlacht*- und *Wahlsteuer* ist nun die *Klassensteuer* getreten. Also eine *indirekte* *Steuer* wurde in eine *direkte* *verwandelt*. Durch diesen *Umstand* werden aber den *Arbeiter*n die *Augen* etwas *mehr*

geöffnet, und wir hoffen, daß dieses unserer Partei zu Gute kommen wird. Bei etwaigen Reklamationen möge Folgendes unsern Parteigenossen zur Instruktion und Aufklärung dienen:

Bestimmungen über die Einkommensteuer. Die Stufen und Steuerhöhe der anstatt der Schacht- und Wahlsteuer hier neu eingeführten Klassensteuer scheinen den Steuerpflichtigen vielfach noch nicht bekannt zu sein. Zur Vermeidung unrichtiger Beschwerden möchte eine Veröffentlichung derselben und einiger anderen die Steuerzahlung betreffenden Bestimmungen beizutragen geeignet sein.

Der Steuersatz beträgt für die Haushaltung wie für den Einzelneuernden jährlich in der:

1. Stufe bei einem Jahreseinkommen von	420 bis einschließlich 660	Mark	3	Mark
2. " von mehr als 660 bis 900	"	"	6	"
3. " " " 900 " 1050	"	"	12	"
4. " " " 1050 " 1200	"	"	15	"
5. " " " 1200 " 1350	"	"	18	"
6. " " " 1350 " 1500	"	"	24	"
7. " " " 1500 " 1650	"	"	30	"
8. " " " 1650 " 1800	"	"	36	"
9. " " " 1800 " 2100	"	"	42	"
10. " " " 2100 " 2400	"	"	48	"
11. " " " 2400 " 2700	"	"	60	"
12. " " " 2700 " 3000	"	"	72	"

Mit Einkommen über 3000 M. beginnt die klassifizierte Einkommensteuer, welche rund 3 Proc. des Anfangsbetrags jeder Steuerstufe beträgt.

Zu beiden Steuergattungen werden im laufenden Jahre 10 Prozent Zuschläge (9 Proc. für die Bezirksstraßen, 1 Proc. für Justizkosten) erhoben, so daß beispielsweise bei Einkommen über 3000 M. die Hauptsteuer meistens 90 M. und mit den Zuschlägen 99 M. beträgt. Diese Staatszuschläge sind auf dem Steuerzettel der Hauptsteuer zugesetzt. Andererseits werden bei der Klassensteuer wegen der Contingentierung derselben in diesem Jahre von je 3 M. 20 Pf. gutgeschrieben.

Die Gemeinde-Einkommensteuer richtet sich jetzt hier ohne Weiteres nach der Staatssteuer: sie beträgt in diesem Jahre für diejenigen Steuerpflichtigen, deren Einkommen zum vollen Betrage herangezogen werden kann, 150 Proc. der Hauptsteuer.

Reklamationen gegen die klassifizierte Einkommensteuer sind hier bei dem Herrn Polizei-Präsidenten, solche gegen die Klassen- und gegen die Gewerbesteuer bei dem Ober-Bürgermeisteramt anzubringen. Dieselben müssen die Gründe, aus denen eine Ueberbürdung hervorgehen soll, enthalten, bei den nach dem Einkommen bemessenen Steuern die wirklichen Einnahmen und die etwa gegenüberstehenden Lasten, Schulden durch Beifügung der letzten Quittungen und sonstiger Belege nachweisen. Bezüglich der neu eingeführten Klassensteuer wird noch bemerkt, daß Reklamationen gegen dieselbe nur innerhalb dreier Monate nach Offenlegung der Rollen, im laufenden Jahre bis zum 5. April, zulässig sind.

Reklamationen gegen die Gemeindesteuer werden überhaupt nur in so weit angenommen, als sie sich nicht gegen die in den Staatssteuer-Rollen veranlagte Höhe des Einkommens richten. Ermäßigungen, Befreiungen, Ab- und Zugänge bei der Klassen- oder klassifizierten Steuer führen sofort die entsprechenden Veränderungen bei der Gemeindesteuer herbei.

Die Zahlung der Steuern darf durch Reklamationen nicht aufgehalten werden.

Hiesige Einwohner, welche einen Theil ihres hier zur Gemeindesteuer herangezogenen Einkommens aus auswärtigen Gemeinden beziehen und dort dafür einer besonderen Besteuerung nach dem Einkommen unterliegen, können hier eine verhältnismäßige Anrechnung der auswärtigen Gemeinde-Einkommensteuer nachsuchen; jedoch muß dies innerhalb dreier Monate nach Zustellung des betreffenden Steuerzettels und jedenfalls vor Ablauf des Kalenderjahres geschehen.

Ab- und Zugänge bei den Steuern treten mit dem Beginne des Monats in Kraft, welcher auf den Eintritt der die Steuerpflichtigkeit oder die Steuerbefreiung veranlassenden Ursache zunächst folgt.

Stollberg, 7. März. Heute Nachmittag fand im Schiffsaule öffentliche Parteiversammlung statt, in welcher man über Abhilfe der noch vorhandenen Organisations-Mängel unter den Parteimitgliedern und Genossen des 19. Wahlbezirks berieth. Veranlassung hierzu gab die letzte Agitationsreise H. Wiemer's. Das Resultat dieser Versammlung war: im ganzen 19. Wahlbezirk, außer dem bereits bestehenden Centralagitationscomité (gegenwärtig Meyer), möglichst viel Localagitationscomités zu bilden, damit die Kosten vereinfacht und die Arbeit besser vertheilt werde. Wie diese Localcomités zu bilden, darüber soll die nächste Bezirkskonferenz, die wohl zu Ostern stattfinden wird, Beschlüsse fassen. Vorschläge sind unserserseits an das Centralagitationscomité hierzu ergangen.

J. A.: Fr. Frenzel, Vertrauensmann.

Bärzberg. Wie man hierorts sogenannte Humanität übt, zeigt nachstehende Thatsache. Herr Thaler, Kunstwollenfabrikbesitzer dahier, wurde vor einigen Wochen von einem Brandunglück heimgeführt, dadurch wäre nun ein Theil seiner Arbeiterinnen brodblos geworden, jedoch Herr Thaler, als liebevoller Vater seiner Arbeiter hinreichend bekannt, publizierte Tags darauf in einem hiesigen Lokalblatte, daß er keinen Arbeiter noch Arbeiterin entlassen werde, auch fernerhin werde er für das Wohl und Wehe seiner Arbeiter väterlich bedacht sein. Bravo, recht brav, hörte man von so manchem Genossen sagen, und bravo, recht brav! — werden auch diese aus purer Humanität beschäftigten Arbeiter bezahlt, denn man höre und staune — ein jeder dieser Arbeiter erhält alle 14 Tage 3 fl.; mit Worten, drei Gulden Lohn! — pro Tag berechnet — 15 Kreuzer. Das ist gewiß recht „väterlich“ gefordert! Die Leute liegen doch nicht auf der Straße, und das Beste dabei — die „Humanität“ bleibt gewahrt. Es ist hiermit abermals bewiesen, daß auch die schamloseste Ausbeutung der Arbeiter unter dem Mantel christlicher Liebe betrieben wird. Und nur an uns Arbeitern liegt die Hauptschuld, denn ohne Organisation sind wir nicht im Stande, solchen schandwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. Also organisiert Euch, und die Nacht des Elends wird und muß verschwinden. **J. W. R.**

Augsburg. Ein ernstes Wort an unsere Partei- und Gesinnungsgenossen in Augsburg. Viele unserer Gesinnungsgenossen glauben ihren Parteipflichten schon Genüge geleistet zu haben, wenn sie sich zur Partei bekennen und den „Volkstaat“ oder sonst ein Parteiblatt lesen. Daß dies Letztere der Fall, ist sehr gut, denn ohne das Lesen unserer Parteiliteratur wird Niemand ein klarer Sozialist, jedoch hat man damit nur nach einer Seite hin seine Schuldigkeit gethan. Vor Allem muß sich Jeder, der Anspruch auf den Namen Sozialdemokrat macht, in die Partei als Mitglied aufnehmen lassen und mindestens einmal im Monat eine Versammlung besuchen. Wir sagen mindestens einmal. Ein eifriger Parteigenosse wird jeden Samstag zur Versammlung gehen. Würde

aber nur der monatlich einmalige Besuch von der Majorität der hiesigen Parteigenossen eingehalten, so müßten unsere Versammlungen weit stärker besucht sein, als es in der That seit letzterer Zeit der Fall war. Die Kunde, daß die Geschäfte schlecht gehen und man insolge dessen sparen müsse, kann nicht als Grund gelten, von den Versammlungen wegzubleiben, denn der Parteibeitrag ist so niedrig gestellt, daß denselben jeder Arbeiter anbringen kann; zudem, wenn man nicht zu uns geht, so geht man einfach wo anders hin und braucht mehr Geld als man bei uns brauchen würde, da bei uns keine Gelegenheit zu Vergnügungen gegeben ist. Einen Punkt haben wir noch zu besprechen, nämlich den: Wer soll für unsere Inhabitanten und deren Angehörige sorgen, wenn wir selbst es nicht thun durch unseren Parteibeitrag und etwaige freiwillige Beiträge? Es wäre eine Freiheit von uns, wollten wir Diejenigen, die sich im Kampfe für die Arbeitersache Strafen zugezogen haben, im Stiche lassen. Wir glauben, daß es bloß dieser gelinden Anregung bedarf, um unsere Gesinnungsgenossen zu bestimmen, ihre Schuldigkeit voll und ganz zu thun. **J. Endres.**

Jugoskadt, 1. März. Das hiesige „Tageblatt“, liberales Organ für die obere Donau, verunglimpft die Sozialdemokratie unaufrichtig in solch niederträchtiger Weise, daß es sich wohl der Mühe lohnt, einige Proben desselben den Lesern des „Volkstaat“ mitzutheilen, obwohl eigentlich der Raum dieses Blattes zu kostbar ist, sich damit zu befassen. So berichtet das „Tageblatt“ jede Lohnreduktion mit wahrer Wollust. Auch reproduzierte es den Artikel von Julius Schulze aus Mainz in der „Concordia“ mit sichtlichem Behagen. Merkwürdig, auf einer Seite Kulturklümmerei, auf der andern wird dem Gegner (Pfarrer Schuster) zugejagt, weil er gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht — recht nett das. Schon zweimal stellte das „Tageblatt“ den Satz auf: Die Sozialdemokratie sei die Hefe des Volkes. Börne sagt: „Ich finde wahre menschliche Bildung nur im Pöbel, und den wahren Pöbel nur in den Gebildeten.“ Zu welchem Pöbel mag nun der Redakteur des „Tageblatts“ gehören? Als unlängst die „Klerikale Jugoskadtler Zeitung“ die Notiz aus dem „Volkstaat“ brachte, daß in Preußen eine ganze Generation ohne Schulbildung aufgewachsen sei, antwortete das „Tageblatt“ mit einer ekelhaften Bigotterie und bemerkte, der Ditt (wo eine Generation ohne Schulbildung aufgewachsen sei) liege im „Volkstaat“ (?). Nun, nichts lernen, ist keine Schande, aber nichts lernen wollen, das ist eine Schande. Anstatt das Gegentheil zu beweisen, einfach verläumben, das ist ja wohlfeil und „liberal“. Das Maß der Gemeinheit macht das „Tageblatt“ voll, indem es in Nr. 47 schreibt:

„Nürnberg, 22. Februar. Die Mitgliederzahl der hiesigen sozialdemokratischen Partei ist, wie das jüngste, dem Magistrat eingereichte Mitgliederverzeichnis anzeigt, auf den vierten Theil zusammengeschmolzen. Die Ursache dieser Verminderung liegt jedenfalls in dem Elend, den jeder gestittete Arbeiter, der sonst ein ganz guter Sozialdemokrat sein kann, vor der Ehr- und Dürrelabkneiderei jener rohen, aus fremdem Säckel lebenden Abenteurer, welche sich in dem „Fürther Soj. Dem.-Wochbl.“ bis jetzt herumgetummelt haben, notwendig empfinden muß. Unser oft wiederholter Ruf: „hinans mit dem Pöbel!“ ist nicht wirkungslos verhallt, denn schon sehen wir weniger Hände mit jenem aus kondensirtem Schmutz bereiteten Blatte besudelt und der ängstliche Bürger hat aufgehört, aus Scheu vor diesen Kumpanen auf ihr Blatt zu abonniren. Das Pöbel geht von selbst. Das ist das Loos aller Nichtswürdigkeit.“

Ja, „hinans mit dem Pöbel“ würden wir rufen, falls Burschen vom Kaliber des Tageblatredakteurs sich bei uns einfinden wollten, denn wir Sozialdemokraten halten an Moral, verstanden Herr Spangler? Nur traurig ist es, daß ein großer Theil der hiesigen Einwohner das liebenswürdige „Tageblatt“ als sein Evangelium betrachtet, alles darin Enthaltene für baare Münze nimmt und deshalb natürlich über das, was Politik und Sozialismus betrifft, in Unwissenheit lebt. Doch gemacht, bringen auch durch die vielen Fehlschüsse wenig gesunde Anschauungen durch, so wird es doch bald besser werden. Zum Schluß: Herr Redakteur Spangler ist auch Unterquartiermeister außer Dienst, also Pensionist, und lebt sohin mit vom Schweige der Arbeiter (mit der Redaktionskassette allein würde sich Herr S. wohl kaum fortzubringen im Stande sein). Dafür, daß die Arbeiter Werthe schaffen und durch ihrer Hände Arbeit manche sonderbare Charaktere (darunter solche, von deren Vergangenheit die Fama bedenkliche Dinge erzählt) mit ernähren müssen, werden sie noch verhöhnt. Wir werden uns das merken! **G.**

Bairisch. Unter einem größeren Theil hiesiger Arbeiter, unter Mitgliedern sowohl des deutschen Arbeitervereins „Eintracht“ als des „Schweizerischen Arbeiterbundes“ ist aus tatsächlichen Gründen der Drang nach Ausgleichung der bestehenden Differenzen resp. Wiedereintritt in benannten Arbeiterbund vorherrschend geworden, und war es besonders der sozialpolitische Disfunktionsclub, der als neutraler Boden für eine freundschaftliche Diskussion der Frage Gelegenheit bot. Bisher war wohl das Bedürfnis des einheitlichen Zusammengehens anerkannt, aber keine von beiden Seiten wollte den ersten Schritt zur Ausführung thun. Im Central-Ausschuß hieß es: dem Wiedereintritt in den Bund stühe nichts entgegen, trotz des Winterthurer Ausschusses; nur solle man, da ja die Beleidigungen gewisser Personen gegen Beamte des Bundes jurüdenommen sind, das Obligatorium (Zwang zum Beitritt) der Krankenkasse für schon bestehende Gewerkschaftsmitglieder aufheben und den Eintritt anzumelden. Der deutsche Verein hingegen meinte, seiner Ehre nichts vergeben zu dürfen und verlangte Zurücknahme des Ausschlusses in der hiesigen Presse; und so zog sich diese Differenz nun nachtheil der hiesigen Bewegung seit dem vorjährigen Ausschluß hin. Endlich nun ist durch den sozialpolitischen Disfunktionsclub das Eis gebrochen worden, und hat der 600 Mitglieder zählende deutsche Verein einen ersten Schritt zur Regelung dieser Sache laut Vereinsbeschlusse unternommen. In einem Briefe an das Bundescomité wird dasselbe erstens gefragt, welche Hindernisse dem Wiedereintritt entgegenstehen, und zweitens aufgefordert, Schritte zu veranlassen, daß dem deutschen Verein bis zum Congreß d. J. durch einen öffentlichen Bericht in der „Tagewacht“ u. c. ehrenvoller Eintritt ermöglicht werde. Auf dem Congreß soll alsdann alles Weitere Regelung finden. Gelinzt das begonnene Werk, so hätte der Club seine Aufgabe gelöst und würde die spätere Thätigkeit desselben in den deutschen Verein zu verlegen sein, wo sich der beste Wirkungskreis bietet.

Quittung
der Expedition: Christ 3y Schr. 0.60. Ob Pignoz Ab. 3.00. Schräge Einz. Ab. 4.80. St. Weidmann Schr. 4.05. Löwy hier Schr. 0.50. Ppp. Art. 0.80. Gott Hamburg Ann. 0.70. Rma. Rosawes Ann. 0.90. Risch Forke Schr. 3.00. Mär hier Ab. 4.40. Schr. 1.20. Berns Jrsf. Schr. 0.70. Nil Kpolda Schr. 3.40. Rchl. Rühlheim Ab. 3.00. Rmbch Berlin Schr. 0.70.

Fond für Gemafregelle.
Von Arbeitern der Mansfeld'schen Nähmasch.-Fabrik hier d. H. Förster 4.60. Von S. R. Warkich 1.70.

Durch H. in Berlin gingen für die politisch Gemafregelten hier ein: von S. 1 tbr., v. Ps. 10 tbr., v. Dr. B. 4 tbr. 21 gr., von Eb. 25 tbr. Zusammen 40 tbr. 21 gr.
Hamburg, 15. März 1875.
Der Parteiführer: J. Benneke, H. Schäferkamp 36.

Anzeigen u.

Augsburg Sozial-demokratische Arbeiterpartei.
Samstag, den 20. März:
Versammlung der hiesigen Mitglieder der Bierbrauer Linder (früher Bloßfeld, Jakobstraße).

Tagesordnung: Die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie. — Sozialpolitische Rundschau.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet vollständiges Erscheinen
J. W. R. Hohenreiner. [80]

Barmen Sonntag, den 21. März, Abends halb 7 Uhr, bei Herrn Berger, Köbigerstraße:
General-Versammlung des Arbeiter-Wahlvereins.
Nachher Vortrag. Der Vorstand. [0,50]

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonntag, den 20. März, Abends halb 9 Uhr, Andreasstraße Nr. 26, bei Mittel. — Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Stollen. G. Lemke. [0,40]

Berlin Verein der Sattler und Berufsge nossen.
Sonntag, den 20. März 1875, Abends halb 9 Uhr, bei Polenz, Alte Jakobstraße 88: Geschlossene Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung: 1) Lokalassistentenbericht; 2) Anträge zur Generalversammlung; 3) Vereinsangelegenheiten. Cönnen, Vertrauensmann. [0,60]

Gohlis Arbeiterverein.
Montag, den 23. März 1875, Abends punkt halb 9 Uhr:
Generalversammlung bei Kunzsch mit der bereits veröffentlichten Tagesordnung. — Es ist Pflicht der Mitglieder, vollständig zu erscheinen.
Sonntag, Nachmittag 3 Uhr: Gesehnschäftlichen. Admarfay 1/2 3 Uhr vom „Wilhelmshöfchen“ aus.
NB. Wenn's nicht regnet. D. B. [0,70]

Hamburg Abonnements-Bestellungen
auf den „Volkstaat“, 2 Quartal, nehmen entgegen: Colporteur Schulz, Platz beim grünen Sood, Hof 34, Saal 2; Auer, Breitestraße 89, Hinterhaus 1; Geib, Köbingsmarkt 12.
Die Parteigenossen werden ersucht, eifrig für die Verbreitung des „Volkstaat“ einzutreten. Der Preis, frei ins Haus, beträgt vierteljährlich 1 Mark 12 Schilling = 2 R. 10 Pf.

Da der Colporteur Schälge gestorben ist, so wollen die Abonnenten rückständige Abonnementgelder schleunigst an die Kinder Schälge's anzaplen, damit der Rechnungsabschluss keine Verzögerung erleidet.
(2a) Die Commission.

Hamburg Eintrittskarten, à 50 Pfennige, zu Köhde's Klassenreim
Vorträge:
Die natürliche Schöpfungsgeschichte,
in Sagebiel's Etablissement, sind für Parteigenossen zu haben bei Geib, Köbingsmarkt 12. — Die Vorträge finden statt am 22., 23., 24. März.

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Sonntag, 20. März, im Clubsaal des Conventgartens:
Geschlossene Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Einigungsfrage.
Alle Mitglieder, die mit Steuern im Rückstande sind, werden ersucht, sobald wie möglich ihren Pflichten nachzukommen. Peter. [0,60]

Leipzig u. Umgegend Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Montag, den 22. d. M.: Versammlung bei Fröhlig, Nikolaisstr. 28.
Tagesordnung: Gewerkschaftliches.
Wegen wärtigen Angelegenheiten werden die Mitglieder ersucht, zahlreich zu erscheinen. [0,60]

Neufellerhausen u. Umg. Sonntag, 21. März, Nachmittags 3 Uhr:
Öffentl. Versammlung der Eisen- und Metallarbeiter
in Dorell's Salon zu Seltzerhausen.
Tagesordnung: Die Arbeitseinstellung der Vogel'schen Fabrikarbeiter.
Referent: Ju L. Rotteler.
Zahlreicher Besuch ist dringend notwendig. — Jedermann hat Zutritt.
Die Einberufer. [0,90]

Ich ersuche den Schuhmachergehilfen Walter Kehler aus Oera, früher in Kleinschöcher, mir seine genaue Adresse anzuschreiben.
Franz Göttinger, Lindenau bei Leipzig, Markt Nr. 17, 1 Trepp. [1,00]

Freunden und Parteigenossen
die freundliche Nachricht, daß mir am 12. März ein gesunds Mädchen geboren wurde.
Hamburg, 14. März 1875. J. Lindinger. [1,00]

Deutsche Reichs-Spinnstube.

Unter diesem Titel wird vom 1. April 1875 im Verlage von H. Schwidde in Königsberg i. Pr. ein wochentlich gepaltetes Blatt, einen Bogen stark, zuweilen mit Bildern, für 60 Pfennige pro Quartal, wöchentlich 1 Mal erscheinen.

Unser Platz wird sein, wo Recht und Vernunft uns die Stelle anweisen. Durch Erzählungen ernstes und komischen Inhalts wollen wir uns bemühen, unsere Leser aus dem Bolke zu unterhalten und in ruhmiger Weise auf diesen nach unserer Ansicht richtigen Standpunkt zu führen. Tagespolitik soll nicht ausgeschlossen sein, denn durch Theilnahme an dieser untersteht sich der Mensch vom Thiere. Wo der Glaube als Zwang befohlen wird, ist an politische Freiheit nicht zu denken. Durch naturgeschichtliche Belehrungen wollen wir daher dem blinden Glauben entgegenreten.

Unser Dankspruch soll sein: „Suchet das Glück in der Freiheit, die Freiheit aber im eigenen Muth!“
Wer unsere Bestrebungen unterstützen will, bestelle das Blatt bei der Post. Es steht im 4. Rahrgang der Zeitungs-Preis-Liste unter Nr. 943B. Inserate finden für 20 Pfennige die Zeile Aufnahme.
Die Redaction
John Zeitendach-Platen.

Zur Nachricht

für die Bekker von Schriften, daß die 1. Auflage von
H. Vogel, Verfälschung der Lebensmittel
vollständig vergriffen ist und nach Ostern in 2. vollständig umgearbeiteter und verbesserter Auflage erscheinen wird.

Gelesen ist erschienen und durch uns zu beziehen:
Lieferung 4

Geschichte der Arbeiteragitation Ferdinand Lassalle's
von H. Bekker. — Preis: 60 Pf.
Buchhandlung des „Volkstaat“

Verantwortlicher Redakteur: R. Geiffert.
Redaktion Hohenstraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.